

Gemeinsam für neues Gemeindezentrum

WZ, 11.10.2013, Von Gaby Kiedaisch

Kirchengemeinderat weist Vorwürfe einzelner Kirchenglieder zum Abriss der Johanneskirche zurück und appelliert an Einheit

Der Neubau eines Gemeindezentrums an Stelle der Johanneskirche war vor zweieinhalb Monaten mit überwiegender Mehrheit beschlossen worden. Mit dieser Entscheidung sind jedoch einzelne Kirchenmitglieder nicht einverstanden, was sich in Leserbriefspalten immer wieder zeigt, aber auch in Einzelgesprächen. Das hat den Kirchengemeinderat jetzt veranlasst, an die Einheit der Gemeindeglieder zu appellieren.



Die Johanneskirche im Zentrum von Wendlingen soll für ein neues Gemeindezentrum mit Pfarrbüro, Gruppenräumen und Saal weichen. Foto: gki

WENDLINGEN. Die Vorwürfe stehen im Raum: es ist die Rede von „übereilten Beschlüssen“, von „Intransparenz“, „Entscheidungen ohne das Einbeziehen der Öffentlichkeit“, bei dem Gutachten handle es sich um ein Gefälligkeitsgutachten, der Kirchturm bleibe nur aus kapitalistischen Gründen stehen wegen der Einnahmen aus Funkantennen.

Als schade empfindet Pfarrer Stefan Wannenwetsch im Gespräch mit unserer Zeitung, dass die Kommunikation von einzelnen Kirchenmitgliedern lediglich über Leserbriefe in der Zeitung stattfindet. Hier habe er mehr Offenheit innerhalb der Kirchengemeinde erwartet. Zumal die Kirchengemeinde in zahlreichen Gemeindeversammlungen zum Fusionsprozess der beiden Kirchengemeinden von Wendlingen und Unterboihingen und zum Ersatz für das verkaufte Gemeindezentrum in der Bismarckstraße eingeladen habe. Die Kirchengemeinde sei mit auf den Weg genommen worden, jeder habe sich dazu ein Bild machen und sich dazu äußern können. Umso erstaunlicher sei nun, mit welchen Behauptungen und Unterstellungen ein Abbruch der Kirche verhindert werden soll. „Wir haben die Öffentlichkeit von Anfang an mit ins Boot geholt“, sagt Pfarrer Helmut Buchmann, „nichts wurde hinter verschlossenen Türen entschieden“, ergänzt Pfarrer Stefan Wannenwetsch.

So sei der Vorwurf eines übereilten Beschlusses damit zu widerlegen, dass bereits im Jahr 2006 die Frage im Raum gestanden habe, was mit der Johanneskirche auf lange Sicht geschehen solle. Damals habe man die Sanierung der Kirche auf Eis gelegt, und stattdessen wurden erst einmal Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Im Jahre 2011 sei dann ein Immobilienkonzept für die kircheneigenen Gebäude öffentlich vorgestellt worden.

Weshalb ist Kirchenumbau nicht Teil des Architektenwettbewerbs?

Vielfach ins Felde geführt wird von den Abrissgegnern die Frage, weshalb ein Architektenwettbewerb nicht über einen Umbau der Johanneskirche oder über einen Neubau entscheidet. Stand ein Abbruch wohl schon früher fest?

Hier habe sich die Kirchengemeinde in einer Zwangslage gesehen. „Wir waren unter Zeitdruck.“ Der Oberkirchenrat habe eine Entscheidung vor einem Architektenwettbewerb empfohlen, und damit keinen Ideenwettbewerb mit mehreren Optionen wie zum Beispiel der Einbeziehung der Johanneskirche befürwortet. So ein Wettbewerb ohne tatsächliches Nutzungskonzept und ohne konkrete Vorgaben wäre die Kirchengemeinde ungleich teurer gekommen.

So habe auch der Oberkirchenrat das Gutachten in Auftrag gegeben und nicht die Kirchengemeinde. Von einem Gefälligkeitsgutachten könne also nicht die Rede sein, wenn darin eine langfristige Wirtschaftlichkeit der Kirche als nicht machbar beurteilt werde. Die Folgekosten für einen Erhalt der Kirche seien immens. Und wegen dem dafür verwendeten Geld würde die Gemeindefarbeit letztlich leiden, sagten der Vorsitzende des Kirchengemeinderats Hans-Georg Class und Kirchengemeinderat Dr. Michael Schramm.

Aussagen wie „Die Kirche darf nicht aufs Geld schauen“ werden von den Kirchengemeinderatsmitgliedern deshalb unisono zurückgewiesen. Sehr wohl müsse die Kirche auf ihren Haushalt schauen. Auch hier spiele der demografische Wandel eine wichtige Rolle. Kirchenaustritte, Interesselosigkeit an Kirche, aber vor allem die Tatsache, dass ein Mitgliederschwund aufgrund immer weniger Geburten auch die Zahl der Kirchenmitglieder schwinden ließe und damit die Kirchensteuern, sei nicht von der Hand zu weisen. Dies sei kein spezifisches Wendlinger Problem, sondern betreffe andere Kirchen ebenfalls. Allein mit vereinzelt Spenden könne die Kirche jedoch nicht kalkulieren, gleich gar nicht über viele Jahre hinweg.

Durch die Vermietung des Kirchturms für Funkantennen erhält die Kirchengemeinde jährlich 5000 Euro. Wer angesichts dieser Zahlen behauptet, der Turm bleibe lediglich wegen des Geldes stehen, der verkenne die eigentlichen Haushaltsausgaben der Kirchengemeinde.

Über die Größe des Gemeindesaals ist nicht entschieden

Genauso wenig werde der Bedarf nach einem neuen Gemeindesaal richtig interpretiert. Einige bemängelten, dass ein Gemeindesaal mit 100 Quadratmetern zu klein sei. Dabei sei die Größe noch nicht entschieden. Tatsache sei allerdings, dass ein paar Quadratmeter mehr bereits 100 000 Euro höhere Kosten für die Brandschutzauflage verursachen können. Da müsse die Frage erlaubt sein, ob die Anmietung bei Bedarf nach einem größeren Saal für Einzelveranstaltungen günstiger komme als der hohe Kostenaufwand für den Bau eines riesigen Saales, der den größten Teil des Jahres leer stehe und deswegen anderweitig vermietet werden müsse, um wenigstens die hohen Folgekosten ein wenig zu drücken. „Kann es Aufgabe der Kirche sein, Säle an Fremde zu vermieten?“, fragt sich da Pfarrer Wannewetsch.

Genauso treffe dies auf zwei Kirchen zu, die an den meisten Tagen des Jahres leer stünden. „Zudem wollen wir keine Parallelkirche schaffen“, das gebe einer Spaltung Nahrung. Mit der Fusion der beiden Kirchen am Standort der Johanneskirche könne ein neues, ein gemeinsames Gemeindeleben entstehen. „Hier im Zentrum kann die Kirchengemeinde zusammenwachsen“, so die einheitliche Meinung.

Gleichwohl können die Kirchenratsmitglieder nachvollziehen, dass ein Abbruch einer Kirche kontrovers gesehen werde, vor allem bei den Menschen, die selbst beim Aufbau der Kirche dabei gewesen seien, hier geheiratet, getauft wurden. Doch mit dem Abriss sei nicht alles weg, sondern es entstehe wieder etwas Neues, etwas für die Zukunft, für die nächsten 50 bis 80 Jahre.

Und weil Kirche eben vor allem Gemeinschaft und Gemeindeleben ist, und dies nicht ausschließlich „zwischen Steinen stattfindet“, sucht der Kirchengemeinderat das Gespräch mit den Gegnern des Beschlusses. Am 25. Oktober sind sie eingeladen, sich in den Austausch mit dem Kirchengemeinderat zu begeben und Antworten aus erster Hand zu erhalten.